

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reflektierte 100 Groschen, Danzig 10 bz. 70 Dg. Zl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 141.

Bromberg, Sonnabend den 22. Juni 1929.

53. Jahrg.

Lärm um Macdonald.

Der englische Premierminister hat durch einen — auch von uns mitgeteilten — Aufsatz über die Minderheitenfrage, von dem man noch nicht genau weiß, wann er geschrieben wurde und wie er erst einige Wochen nach der deutschen Veröffentlichung in die englische Presse gekommen ist, die Empörung des minderheitenfeindlichen Kontinents auf sich gezogen. Im Grunde hat Macdonald in diesem Aufsatz, der viel kommentiert wird, nichts anderes gesagt, als was jeder vernünftig urteilende Mensch über das Minderheitenproblem sagen mußte, wenn er nicht der Wahrheit und der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen wollte. Macdonald ist so weit gegangen, zu behaupten, daß Minderheiten tatsächlich existieren und zwar nicht nur, wie bisher von gewisser Seite angenommen wurde, in Polen, in Jugoslawien, in Rumänien, in der Tschechoslowakei usw., sondern auch in Frankreich und Italien. Es heißt in dem Aufsatz wörtlich: „Auch dürfen Fälle wie das Elsaß und die Saar in einer Aufzählung der Minderheitenprobleme nicht fehlen.“ Macdonald begnügt sich aber nicht damit, eine objektive Darstellung der europäischen Minderheitenlage zu geben, er fordert vielmehr energisch eine Erweiterung der Minderheitenrechte und tritt dafür ein, daß der Minderheitenschutz auch auf die deutsche und südslawische Minderheit in Italien ausgedehnt werde. Überhaupt zeigt der englische Premierminister ein tiefes Verständnis für die große und prinzipielle Bedeutung, die das Minderheitenproblem für eine friedliche Gestaltung Europas besitzt. Wenn Macdonald auch genug Realpolitiker ist, um festzustellen, daß sich ungeheure Schwierigkeiten nicht von heute auf morgen beseitigen lassen, so hält er doch an einer Reformierung der gegenwärtigen Verhältnisse fest, die im Geiste gegenseitiger Achtung vorgenommen werden mußte.

Der ganze Aufsatz, den bei seiner unpolitischen Erweiterung des Klagematerials in großen Zügen weit eher von Deutschen geschrieben haben könnte, atmet den Geist einer aufrichtigen und tatkräftigen Friedenspolitik, wie man ihn heute bei den alliierten Staaten vergeblich sucht. Macdonald tritt hier als entschiedener Gegner der aufstrebenden Assimilationspolitik auf den Plan, wenn er sagt, daß die Grundsätze, die man zugunsten der Minderheiten anwenden könne, darin beständen, für alle Bürger eines Minderheitenstaates gleiche Rechte sicherzustellen. Verschiedenheiten der Sprache und des Glaubens müßten in Verwaltung, Gerichtswesen und Erziehung Berücksichtigung finden, und dort, wo es möglich sei, müsse man Minderheiten in eigenen Provinzen zusammenschließen, denen man Selbstverwaltung gewähren möchte. Ist das nicht die eindringliche Befürwortung des elbischen Autonomismus? Weiter stellt Macdonald dieselben Forderungen auf, wie sie Stresemann immer wieder vertritt, ja er ist, da ihm die Hände weniger gebunden sind, beinahe päpstlicher als der Papst. Seine positiven Forderungen, deren erste man im gegenwärtigen Moment nicht restlos als taktisch richtig empfinden kann, sind folgende: Das Petitionsrecht sollte auf die alten Staaten wie Italien ausgedehnt werden, dem die Friedensverträge eine große deutsche und slawische Bevölkerung gegeben hätten. Die technischen Schwierigkeiten im Petitionsverfahren sollten beseitigt und die Verteidigung des angeklagten verantwortlichen Staates veröffentlicht werden. Schließlich müsse man nach dem Vorbild der Mandatsmission eine dauernde Minderheitenkommission bilden.

„Es ist begreiflich, daß dieser Aufsatz, in dem sich Macdonald von Chamberlains Assimilationspolitik vollkommen löst, namentlich in den von Macdonalds Wahrheiten am meisten betroffenen Ländern, in Frankreich und in Italien, einen Sturm der Entrüstung entfesselt hat. Man wird es in diesen Ländern besonders nach den schönen Tagen von Arras, die nun vorüber sind, als Taktlosigkeit empfinden, daß Macdonald es unternimmt, das gesellschaftliche Ereignis der Madrider Bepfechtungen in seiner Nachwirkung so empfindlich zu fassen. Man nimmt dem englischen Premierminister in Italien die naive Offenheit übel, mit der er die italienischen Bemühungen brandmarkt, die nichtitalienische Bevölkerung mit allen möglichen Zwangsmitteln zu Italienern zu machen. Die Empörung über den Artikel Macdonalds ist um so größer, als er sich in den drei kritischsten Fragen (Elsaß, Südtirol und Saar) unzweideutig im Sinne der deutschen Auffassung geäußert hat. In Paris ist gegen Macdonald ein Entrüstungssturm ausgebrochen, weil er sich dazu verweigert, die Elsaß-Lothringer als völkische Minderheit innerhalb Frankreichs zu bezeichnen. Im „Echo de Paris“ wird Macdonald vorgeworfen, er spreche vollkommen die Sprache des deutschen Revanchegedankens und habe sich ausgedrückt, wie Stresemann es nicht wagen würde, selbst wenn er nach Abzug der Besatzungstruppen keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen hätte. Andere Organe fordern die französische Regierung auf, gemeinsam mit den Regierungen ihrer Alliierten, den inzwischen demontierten Protestschrift Mussolinis in London zu unterstützen.“

Macdonald ist durch die Veröffentlichung des Minderheitenartikels jedenfalls in eine schwierige Situation geraten, aus der ihn auch nicht die sofort gemachte Feststellung ganz befreien kann, daß der Aufsatz einige Monate vor seinem Amtsantritt geschrieben wurde und daß die „Sunday Times“ kein Recht hatte, ihn zu veröffent-

lichen. Zwar wird ihm gewiß jeder glauben, daß er als Premierminister kaum gewagt hätte, Ansichten niederzulegen, die er sich als Oppositionsführer eher erlauben durfte, was aber nichts an der Tatsache ändert, daß diese Gedanken von demselben Macdonald gedacht worden sind, der sich jetzt in seiner Eigenschaft als Premierminister größte Zurückhaltung auferlegen muß. Es ist selbstverständlich, daß der Artikel Macdonalds keinerlei unmittelbaren konkreten Wert besitzt, und man wird auch kaum zu weit gehen, wenn man annimmt, daß sich der englische Premierminister unter dem Druck dieser Veröffentlichung bemühen wird, das Mißtrauen der Alliierten zu zerstreuen, so daß der Aufsatz die gegenteilige Wirkung von dem herbeiführen würde, was Optimisten vielleicht erwartet haben. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß Macdonald die einmal geäußerten Ansichten nicht zurücknehmen kann, ohne seinem Prestige als Persönlichkeit zu schaden. Auf die Minderheitenpolitik der Alliierten wird dieser Aufsatz jedenfalls insofern nicht ohne Einfluß bleiben, als sie wissen, daß sie zumindest mit einer tatkräftigen Unterstützung Macdonalds in ihrer Assimilationspolitik nicht rechnen können. Und das wäre immerhin schon etwas.

Eifersucht am Kanal.

England gegen die führende Rolle Poincarés in der Konferenzfrage.

London, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist in sehr nachdenklicher Form darauf hin, daß die Behandlung des Sachverständigenberichts und der Rheinland-Räumung durch die englische Regierung nun keine Verzögerung mehr erlaube. In politischen wie in diplomatischen Kreisen sei man übereinstimmend der Ansicht, daß die englischen Interessen eine sofortige Behandlung heider Fragen dringend erforderten. Abgesehen davon, daß der Young-Plan am 1. September in Kraft trete, hätten die übrigen Mächte und besonders Frankreich eine starke Aktivität entfaltet. Die diplomatische Aktion dieser Mächte hätte kaum als mit den englischen Interessen vereinbar angesehen werden können. Es sei z. B. bekannt, daß die englische Regierung die Einberufung einer neuen Konferenz nach London wünsche. Poincaré habe nunmehr für die Einberufung der Konferenz nach einem Ort in der Schweiz Propaganda gemacht und Dr. Stresemann habe es während seiner Pariser Anwesenheit wahrheitsgemäß schwierig gefunden, diesem Druck zu widerstehen, da er vorläufig von englischer Seite keine Unterstützung gefunden habe. Es sei durchaus möglich, daß die englische Regierung, wenn sie nun die Einberufung nach London vorschläge, stärkeren Widerstand finde als dies vor zehn Tagen der Fall gewesen wäre. Außerdem bringe diese Versäumnis die Gefahr, daß Poincaré bei einer Tagung in der Schweiz als ältester Ministerpräsident für sich das Recht in Anspruch nehme, den Vorsitz der Konferenz zu übernehmen. Das sei nicht nur formal, sondern auch rein sachlich eine sehr bedeutende Frage. Weiterhin weist der Korrespondent darauf hin, daß die französische Regierung den Young-Plan bereits ratifiziert habe. England sei auch in dieser Beziehung in sehr unglücklicher Lage. Der Schatzkanzler habe sich seine sehr klare Ansicht über den Plan bereits bilden können; er habe aber durch die Abwesenheit zahlreicher Minister von London keine Möglichkeit gehabt, sich mit ihnen zu beraten. Eine Frage von solcher Bedeutung könne nicht in einer einzigen allgemeinen Sitzung des Kabinetts durchberaten werden. Paris und Berlin seien daneben bemüht, die geplante Konferenz möglichst vor dem 15. Juli abzuhalten. Das würde dem englischen Kabinetts kaum mehr als drei Wochen Zeit geben, die Schriftstücke zu prüfen und sich über seine Politik zur Reparations- und Schuldenfrage schlüssig zu werden. Den Begründungen und der Entschlossenheit Poincarés könne nur durch eine gleichwertige Kenntnis der Tatsachen des Vertragsrechts und durch eine gleichwertige Entschlossenheit begegnet werden.

Poincaré über die Sorgen Frankreichs.

Paris, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Während seiner letzten Darlegungen vor den Kammerausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten kam Ministerpräsident Poincaré auf den Vorschlag zu sprechen, am 30. August die fälligen 10 Millionen Franken für die Warenlager in Amerika zu zahlen und dann zu versuchen, neue Abmachungen über die sogenannten politischen Schulden zu erreichen. Poincaré bemerkte, eine derartige Zahlung würde den französischen Staatsschatz in einige Verlegenheit bringen. Außerdem könnte England ähnliche Forderungen stellen, das von jeher eine gleiche Behandlung wie die Vereinigten Staaten verlangt habe. Die Ratifizierung vor dem 1. August sei erforderlich, da die Vereinigten Staaten nicht geneigt seien, das Abkommen zu verlängern.

Die Darlegungen, die Poincaré am Donnerstag machte, verfehlten ihren Eindruck auf die Zuhörer nicht, die dem Ministerpräsidenten folgten, ohne ihn zu unterbrechen. Ein Abgeordneter erklärte, die Mitteilungen Poincarés hätten den Eindruck einer wirklichen Tragik gehabt. Man glaubte sich in einen Schraubstock gepreßt, aus dem man sich nicht befreien könnte.

Man sollte nichts ausschießen . . .

London, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Über die Politik Macdonalds in bezug auf die Rheinlandfrage sagt der sozialistische „Daily Herald“, daß die Arbeiter-Partei zu einer möglichst halbigen Zurückziehung der britischen Truppen verpflichtet sei. Da aber gute Aussichten beständen, daß innerhalb der nächsten Wochen die Zurückziehung nicht nur der britischen, sondern auch der französischen und belgischen Truppen möglich sei, so werde ein Aufschub von wenigen Wochen der Mühe wert sein.

Englisch-russische Ueberraschungen.

Troški — Botschafter in London?

Berlin, 21. Juni. (P.M.) Der Londoner Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ meldet, daß in den einleitenden, nicht offiziellen Verhandlungen zwischen Moskau und London über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Leo Troški eine hervorragende Rolle zu spielen beginnt, und daß einer der hervorragendsten Vertreter des Außenkommissariats in der letzten Zeit Troški in Konstantinopel einen Besuch abgestattet haben soll, um seinen Rat über die Taktik einzuholen, die die Sowjets gegenüber England bei den Verhandlungen einzuschlagen hätten. Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ behauptet, daß die Abreise des persönlichen Sekretärs Troškis nach England, die offiziell die Einreisefrage für Troški zum Ziele hatte, in Wirklichkeit mit jener Vermittlerrolle Troškis im Zusammenhang gestanden und zum Zweck gehabt haben soll, zu sondieren, ob England nicht damit einverstanden wäre, Troški als außerordentlichen sowjetrussischen Botschafter anzunehmen, der zuvor sich über die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den zuständigen Stellen unterhalten würde.

Kennworthy — Botschafter in Moskau?

London, 21. Juni. (P.M.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird Kennworthy, das aktivste und wirtschaftlich hervorragendste Mitglied der Arbeiterpartei im Unterhause, für den Fall der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland den Posten des englischen Botschafters in Moskau übernehmen.

Das unruhige Gewissen.

Nationaldemokratische Phantasien zu englischen Ministereindrückungen.

Gleichsam als Entgegnung auf den Artikel Macdonalds in der „Sunday Times“, der vorher in der deutschen „Zeitschrift für Geopolitik“ abgedruckt war, aus der auch wir ihn übernommen hatten, äußert sich auch der frühere englische Außenminister Chamberlain in der Londoner „Times“ in der Minderheitenfrage. Der „Kurjer Posen“ vergleicht die beiden Auslassungen, nämlich die des früheren Außenministers und des jetzigen Ministerpräsidenten miteinander und schreibt u. a.:

„Der Unterschied äußert sich wenn auch nur darin, daß Herr Chamberlain ausdrücklich die Szene verurteilt, die Herr Stresemann in Lugano auführte, (so einseitig konnte Chamberlain gar nicht urteilen; denn Stresemann hat den Streit von Lugano bekanntlich nicht vom Zaune gebrochen, sondern sein Partner, und dieser vermutlich auch — wider eigenen Willen. D. R.) während Macdonald dem deutschen Minister den Segen erteilt, indem er schreibt:

„Dr. Stresemann hat nach dem provozierten Protestausbruch in Lugano im Dezember erklärt, er würde in der nächsten Sitzung des Völkerbundes die ganze Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten aufrollen. Wer immer auf die Aufrechterhaltung der Demokratie und der Sicherung des Friedens in Europa bedacht ist, wird ihm guten Erfolgs wünschen.“

Dazu schreibt das genannte Posener Blatt weiter: „Es ist dies allerdings die einzige Anspielung, die in diesem Falle von Macdonald bezüglich Polens gemacht ist. Aber die Gefahr seiner Konzeptionen frecht anderswo. Chamberlain läßt sich in klaren, logischen und loyalen Ausführungen von dem Gedanken leiten, daß er sich absolut auf die geltenden Verträge und auf die loyale Ausführung der internationalen Verpflichtungen stützt. Er geht in dieser Beziehung so weit, daß er selbst anerkennt, daß die

Die Knochen der Abgeordneten.

Zu der Drohung des Vorsitzenden des Regierungs-Klubs, des Obersten Elawet, man würde, den Abgeordneten, wenn sie die von Regierungs-Klub vorgeschlagene Verfassung nicht annehmen sollten, die Knochen im Leibe zerbrechen, schreibt der 'Kurjer Poznański' im Leitartikel seiner Nummer 279 vom 19. Juni u. a. was folgt:

Zunächst endigt der Versuch, jemandem die Knochen zu brechen, manchmal gerade entgegengesetzt dem, was man gewollt hat. Die Subjekte verwandeln sich in Objekte. Das ist die eine kritische Bemerkung; die zweite ist die, daß diese Drohung der Führer des Bebe-Klubs heute mehr eine Grobshperei ist. Sie wissen selbst am besten, daß die politischen und moralischen Akten des Bebe-Klubs in der Bevölkerung gegenwärtig sehr schlecht stehen. Die Pronunziamente, die dazu auffordern, Abgeordneten oder Nichtabgeordneten die Knochen zu brechen, sind übrigens eine schwache Nachahmung des früheren Modells für das Thema der 'krachenden Knochen' und setzen den Kurs einer derartigen Aktion noch weiter herunter. Die öffentliche Meinung ist sich darüber klar, daß die Führer des Bebe mit solchen Mitteln ihre Leute, die sich in politischer Depression befinden, nur anfeuern wollen. Deshalb geben sie die Parole aus, in zwei Monaten würden alle Parteien außer dem Bebe und der WS zerschmettert sein und jetzt die Parole, daß dem Abgeordneten usw. die Knochen gebrochen würden. Das ist alles sehr schön; aber wenn nach zwei Monaten die anderen politischen Parteien, was immerhin wahrscheinlich ist, nicht aufgehört haben, zu existieren und wenn die betreffenden Abgeordneten ihr Leben nicht beschloffen haben, was dann?

Zu welchem Zwecke kündigt man eigentlich das Knochenbrechen an? Herr Elawet geht es darum, daß das Volk die Abgeordneten zwingt, für die Verbesserung der Verfassung zu stimmen. Herr Elawet nennt diesmal zur Abwechslung als die Schuldigen nur die Sozialisten. Das ist für die nationalen Parteien ehrenvoll, aber wir müssen daran erinnern, daß unser Lager in Sachen der Verfassungsreform in vollständig anderer Richtung geht als der Bebe-Klub und entschieden die wesentlichen Absichten des Bebe vertritt. So wie die nationale Partei denkt, denkt die große Zahl des politisch aufgeklärten Volkes. Anstatt also sich und anderen mit Projekten den Kopf zu verwirren, oder den Herren Liebermann, Diamond oder Zulawski die Knochen zu brechen, sollte sich der Bebe-Klub, wie der 'Głos Narodu' richtig schreibt, zu den eigenen Irrtümern bekennen und auf Nebenabsichten, die im höchsten Grade schädlich sind, verzichten. Dann dürfte sich im Sein leicht die erforderliche Mehrheit finden. Man muß nur wollen, was zum Wohl des Staates erforderlich ist und nicht im Interesse von Parteien, Koterien und Konspirationen liegt.

Dann folgt in dem 'Kurjer'-Artikel eine weiße Stelle, die vermutlich auf ein Eingreifen der Zensur zurückzuführen ist, und zum Schluß heißt es:

Und heute? Aus diesem ganzen Chaos auf Seiten der früheren Genossen der 'Ideo' und der 'Tat' kommt die eine Wahrheit zutage, daß nämlich eine wirkliche Verbesserung unseres staatlischen Systems weder die einen noch die anderen wollen.

Triebe Ausfichten.

Warschau, 20. Juni. (Eigene Meldung.) Das Institut zur Prüfung der Wirtschafts Konjunkturen ist auf Grund der Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu dem Schluß gekommen, daß im Laufe dieses Jahres eine grundsätzliche Wendung zum Besseren nicht zu erwarten sei. In der Herbstzeit sei zwar eine Besserung der Konjunktur für die Textil-Industrie zu erwarten; eine gewisse Verschärfung dürfte aber die Lage in der Landwirtschaft erfahren, die gegenwärtig in Anbetracht der gewaltigen Depression der Getreidepreise eine sehr schwierige Zeit durchmacht. Sollte der Umfang der

Baufkredite eingeschränkt werden, so müßte eine allgemeine Verringerung der Produktion eintreten.

Das unabhängige Südafrika.

Der Wahlsieg der Unabhängigkeitspartei.

England hat in Südafrika eine erhebliche Niederlage erlitten. Bei den soeben stattgefundenen Wahlen hat der Führer der anglo-feindlichen nationalistischen Partei Herzog eine Mehrheit erlangt, während die sogenannte 'Südafrikanische Partei', die Partei des anglo-freundlichen Generals Smuts, in der Minderheit blieb. Dieses Wahlergebnis hat im Mutterland eine begreifliche Erregung verursacht. Herzog ist in London verächtlich als eifriger Vorkämpfer einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit der südafrikanischen Union. Berücksichtigt man, wie eng die wirtschaftspolitischen Momente im Leben jedes Landes, besonders aber im Leben eines britischen Dominions mit den rein politischen verflochten sind, so wird man anerkennen müssen, daß die peinliche Übertragung in England ihre begründete Ursache hat. In all seinen Wahlausrufen verkündete Herzog die Parole: 'Die Hauptstadt der südafrikanischen Union ist Kapstadt und nicht London!' Diese knappe und zwingende Formel ist ihrem Inhalt nach sehr biegsam und dehnbar. Die in ihr enthaltene Tendenz verspricht für England auf die Dauer nichts Gutes.

Der Südafrikabund (engl. The Union of South Africa), eines der fünf Dominions des Britischen Empire, wird am 30. September d. J. auf sein 20jähriges Jubiläum zurückblicken können. Er besteht bekanntlich aus vier Staaten oder Provinzen: Kapland, Natal, Transvaal und Oranien, die vorher unabhängig voneinander existierten. Die Engländer sind Nutznießer der portugiesischen und vor allen Dingen der holländischen Kolonisationsstätigkeit, wie sie seit Jahrhunderten betrieben wurde. Das holländische Element ist unter der weißen Bevölkerung Südafrikas bis zum heutigen Tage vorherrschend, und dieses holländische Element ist der eigentliche Träger des Unabhängigkeitsgedankens. Diese Tatsache ist nicht neu. Man denke an den Burenkrieg, der um die Jahrhundertwende sich abspielte und der dem englischen Prestige und dem Glauben an die wohlthätige Wirkung der englischen Kolonialpolitik großen Abbruch tat. Die Buren, holländisch Boers (Bauern), bilden bis zum heutigen Tage die Mehrzahl der weißen Bevölkerung holländischer Ursprungs in Südafrika. Ihre Eigenart ist unter dem Einfluß der englischen und der deutschen Zuzüger zwar im Verschwinden begriffen, aber bis zum heutigen Tage haben sie neben ihrem holländischen Dialekt, den sie als 'afrikanische Sprache' bezeichnen, das kühle und phlegmatische, aber zähe und ausdauernde Wesen des Holländers bewahrt und zeichnen sich wie vorher durch ihren hohen praktischen Wortsinn und ihre eiserne Natur aus. Sie betrachteten sich als die Herren im Lande, und sie sind keineswegs davon entzückt, daß die Engländer dort immer mehr an Boden gewinnen. Der Unabhängigkeitsgedanke lebt bei ihnen weiter fort und bildet einen drohenden Faktor in den Beziehungen des südafrikanischen Dominions zu London.

Charakteristischer Weise halten sich die unabhängig gesinnten Weißen Südafrikas für 'Afrikaner'. Und wenn sie den viel gerühmten und variationsfähigen Satz: 'Afrika den Afrikanern!' aussprechen, so denken sie dabei nur an sich selbst. Die Schwarzen, die wohl gut Dreiviertel der Gesamtbevölkerung des Südafrikabundes bilden, zählen nicht, ebenso wenig wie übrigens die anderen 'Farbigen' (Mongolen und Hindus). Die Neger, die vorwiegend zu den Bantustämmen gehören, befinden sich bis zum heutigen Tage in Südafrika rechtlich und menschlich in einer Lage, die der Negerkaverei in Amerika wohl die Waage halten könnte. Gerade die Partei Herzogs hat es darauf abgesehen, den Schwarzen auch weiterhin sämtliche Menschenrechte, von dem Wahlrecht gar nicht zu reden, abzuspriechen. Jetzt wird Herzog seinen Wahlsieg dazu benutzen, um eine weitere 'Säuberung' des Südafrikabundes von 'fremden Elementen' durchzuführen, wobei unter den

Fremden in erster Linie keineswegs etwa die zu der Menschengasse überhaupt nicht zählenden Neger gehören, sondern die englischen Beamten, und alle diejenigen Weißen, die sich nach London orientieren.

Als ein besonderes Zeichen für den Geist der Unabhängigkeit, der in der Südafrika-Union herrscht, ist der Abschluß des deutsch-südafrikanischen Handelsvertrages anzusehen. Dies ist der erste deutsche Handelsvertrag mit einem englischen Dominion. Er wurde abgeschlossen zu einem erheblichen Teil gegen den Willen Englands, wenn auch dieser Wille nicht ganz offen zutage getreten ist. In den nationalistischen Kreisen Englands war man sehr ungehalten über die souveräne Art, in welcher der Südafrikabund die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland führte. Auf besondere Interessen Englands hat Kapstadt keine Rücksicht genommen, was bei der Abfassung der Meistbegünstigungsklausel für Deutschland recht deutlich zum Ausdruck kam. Die Vorzugszölle, die England bis zum heutigen Tage in Südafrika genießt, erstrecken sich heute nur noch auf 22 Warenkategorien. Bei sämtlichen anderen Positionen befindet sich England zollpolitisch in genau derselben Lage wie Deutschland. Dieser große Erfolg der deutschen Handelspolitik hat in London eine umso größere Verblüffung hervorgerufen, als hier ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der bei den Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands mit anderen britischen Dominions, in erster Linie mit Kanada, von großer Bedeutung sein kann. Man hat daher in London den deutsch-südafrikanischen Handelsvertrag in seiner jetzigen Form als eine Art Demonstration der südafrikanischen Regierung aufgefaßt, eine Demonstration gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands in Südafrika.

Die Entwicklung der Dinge im Südafrikabund, im Lichte der jetzigen Wahlergebnisse gesehen, geht auf eine immer weitere Loslösung dieses überaus reichen und wichtigen Dominions vom Mutterlande hinaus - eine Tendenz, die sich im übrigen auch bei allen anderen Dominions zeigt. Und wenn es in der Nachkriegszeit zur Mode geworden ist, von einem allmählich herannahenden 'Untergang des Britischen Weltreiches' zu sprechen, so ist bei einer objektiven Betrachtung festzustellen, daß Vieles daran richtig ist. Es ist nicht abzusehen, in welchem Maße heute für die Existenz des Britischen Empire eine akute Gefahr besteht. Die ersten Sprünge im englischen Weltssystem sind aber unverfennbar. Die südafrikanischen Neuwahlen liefern einen der vielen Beweise dafür. R. F.

Dank an Pacelli.

Als Honorar für seine über zweijährige Mitwirkung an den Verhandlungen zum Abschluß der Lateranverträge und die Aufhebung des Staatsgesetzes der Vatikanstadt hat Pius XI. dem Konsistorialadvokaten Pacelli eine halbe Million Lire auszahlen lassen. Außerdem wurde ihm ein päpstlicher Adelstitel verliehen. Rechtsanwalt Pacelli wird als Generalrat des neuen Staates auch weiterhin im Dienst des Vatikans bleiben.

Postabonnenten!

Wer noch nicht die Deutsche Rundschau bestellt hat, tue dies sofort. Alle Postämter in Polen nehmen Bestellungen auf unser Blatt entgegen. Wo Postabonnements abgelehnt werden, wolle man uns sofort schriftlich benachrichtigen. Bezugspreis: für den Monat Juni 5,36 zł.

Stellengelände
Landwirtschaftslehre
Landwirt
Brennerei-
Berkwalter

Beamter
Landwirt
Bauernsohn
Inspektor
Chaufeur
Berbeir Müller
als Wertführer
als Wertführer

Müllergefelle
Suche reelle, tätige
Befähigung
1000 Bloth
Berkauser
Abschlagler

15jähriges Mädchen
Suche zum 1. Juli
unverheirat., evangel.

2. Beamter
Kinderfräulein
2. Klasse
junges Mädchen
Rüdenmädchen

Köchin
Frau Sommer, Gdańska 27.
Suche per sofort od.
später ein äußere tüch-
tiges und zuverlässiges

Mädchen
Kaufmädchen
Ein
Restgrundstück

Lokomobile 200 P.S.
Lanz oder Wolf zur sofortigen
Uebernahme per Kassa. Ausführliche
Offeren mit Kessel-Certifikatabschriften
an Tow. Rekl. Międzyn, Sp. z o.o.j.r.
Rudolf Mosse, Katowice,
Mickiewicza Nr. 4 unter Chiffre
„Lokomobil 200 P.S.“
Austro-Daimler 14/35
ganz überholt und neu lackiert und bereift,
günstig zu verkaufen.
Richard Keisner, Danzig.
Gutes Zinshaus
Deutsch Dogge
Dampfdreihack

